

## Beschlüsse des 35. Landesparteitages

### **S1: Einführung eines landesweiten Azubi- und Studenten-Tickets**

Der CDU Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Einführung eines landesweiten und für alle öffentlichen Verkehrsmittel geltenden Azubi- und Studierendentickets ein. Die Prüfung einer angemessenen Kostenbeteiligung der volljährigen Auszubildenden und Studierenden bzw. deren Erziehungsberechtigten wird hierbei vorausgesetzt.

#### **Begründung:**

##### **1. Wohnungsmarkt entlasten - Ländlichen Raum stärken**

Während zum Wintersemester 2018/2019 an der Universität Rostock mehr als 3 000 Studenten ihr neues Studium begonnen haben, war das Studentenwerk Rostock angehalten, 1 400 Anfragen für einen Wohnheimplatz abzulehnen.<sup>1</sup> In Greifswald müssen Studierende heute im Schnitt 9,8 % mehr für Wohnraum zahlen als noch im Jahr 2010.<sup>2</sup> Ähnlich verhält es sich auch für Auszubildende. Ein landesweites Azubi- und Studierenden-Ticket würde diese Situation entlasten. Im urbanen Raum könnten sich so Chancen für ein attraktives junges Leben eröffnen und der Verbleib von jungen Erwachsenen nach der Ausbildung oder dem Studium gefördert werden.

##### **2. Stärkung der öffentlichen Personennahverkehrswege**

Von einem landesweiten Azubi- und Studierendenticket könnten die weniger ausgelasteten Regionalbahnverbindungen profitieren. Auszubildende und Studenten aus dem ländlichen Raum wären gerade auf vergleichbare Verbindungen angewiesen, da sie den Anschluss an das Regional-Express-Netz gewährleisten. Von einer höheren Auslastung dieser Verbindungen, und einer sich daraus möglicherweise entwickelnden höheren Frequentierung, würde die gesamte Bevölkerung in den jeweiligen Regionen profitieren.

##### **3. Attraktivität des Bundeslandes als Hochschulstandort steigern**

Die Hochschullandschaft Mecklenburg-Vorpommerns stellt einen unverzichtbaren Impulsgeber dar, deren Attraktivität mit entsprechenden Maßnahmen, wie der Einführung des landesweiten Azubi- und Studierendentickets, gestärkt werden soll. So haben bspw. Studenten, die für das Studium aus anderen Bundesländern zugezogen sind, die Möglichkeit, das Land mit seinen Vorzügen zu entdecken. Dadurch ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern die Chance, dass sich Studenten nach dem Abschluss des Studiums im Land niederlassen.

##### **4. Wissenschaftlicher Austausch**

Das landesweite Azubi- und Studierendenticket würde einen erheblichen Beitrag zur „Berufsbildungs- und Wissenschaftsregion MV“ leisten, indem zum einen die Mobilität junger Menschen gesteigert und zum anderen die Möglichkeiten des ländlichen Raumes direkter

<sup>1</sup> SVZ Print-Ausgabe vom 09.10.2018 Seite 2: „Rostocker Misere und Notfallbörse in Greifswald“

<sup>2</sup> SVZ Print-Ausgabe vom 09.10.2018 Seite 2: „Wohnungen in Universitätsstädten werden immer teurer“

aufgezeigt würde. Zudem könnten sich die Hochschulstädte zu einer mobilen wissenschaftlichen Region entwickeln.

---

## **S2: Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Landkreise und kreisfreie Städte zur Weiterentwicklung des Schülerverkehrs**

Der CDU Landesparteitag möge beschließen:

Ab dem Jahr 2022 soll den Landkreisen und kreisfreien Städten zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um passgenaue Angebote für den Schülerverkehr zu entwickeln und weiterzuführen.

### **Begründung:**

In den letzten zehn Jahren wurde das Schulgesetz um zahlreiche wichtige Bausteine erweitert. Die freie Schulwahl, das produktive Lernen, die Förderung von benachteiligten und leistungsstarken Schülern sind nur einige Beispiele. Diese Änderungen führten auch zu einer Umgestaltung des Schülerverkehrs. Die Kreise und kreisfreien Städte haben hier deutliche Mehrausgaben zu verzeichnen. So übernehmen die Kreise zusätzliche Kosten, um besonders den Schülern des ländlichen Raumes einen Schulbesuch zu ermöglichen bzw. überhaupt erst die Gelegenheit bieten, den Besuch an freien Schulen kostengünstig zu gestalten.

Die CDU M-V spricht sich deshalb dafür aus, ab dem Jahr 2022 den Landkreisen und kreisfreien Städten zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen um passgenauen Angebote für den Schülerverkehr zu entwickeln und weiterzuführen.